

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dennis Gladiator, Dennis Thering, Stefan Bereuter,  
Christin Christ, Markus Kranig, Ralf Niedmers,  
Dietrich Wersich (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Hamburg schützen – Resiliente Metropole 2028: Selbstverantwortung  
der Bevölkerung stärken, Katastrophenschutz-Leuchttürme etablieren,  
Sicherheitskommunikation verbessern!**

Deutschland zählt zu den sichersten Ländern der Welt. Doch Sicherheit ist kein statischer Zustand, sondern ein fortwährender Auftrag. Die Herausforderungen unserer Zeit verändern sich sehr dynamisch: Extremwetterereignisse nehmen zu, geopolitische Spannungen wirken sich auf unseren Alltag aus und auch hybride Bedrohungen wie Cyberangriffe, Desinformation oder Sabotage sind keine abstrakten Szenarien mehr, sondern reale Risiken. Als internationale Hafen- und Wirtschaftsmetropole mit kritischer Infrastruktur und rund 1,9 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern ist Hamburg in besonderer Weise exponiert. Die Funktionsfähigkeit unserer Stadt – von der Energie- und Wasserversorgung über digitale Netze bis hin zu Lieferketten – ist verletzlich. Störungen können binnen kürzester Zeit weitreichende Folgen für das öffentliche Leben, die Wirtschaft und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung haben.

Gerade in solchen Lagen zeigt sich, wie wichtig ein leistungsfähiger und moderner Bevölkerungsschutz ist. Zivile Verteidigung bedeutet, auf das Unerwartete und auf Situationen, in denen staatliche Hilfe nicht überall gleichzeitig sein kann, vorbereitet zu sein. Sie ist somit ein wesentlicher Bestandteil unserer gesamtstaatlichen Sicherheitsarchitektur und zugleich Ausdruck gesellschaftlicher Verantwortung.

Für ein krisenfestes Hamburg sind nicht nur starke staatliche Strukturen, sondern auch eine wachsame, informierte und handlungsfähige Stadtgesellschaft notwendig. Denn selbst gut organisierte Hilfssysteme stoßen in den ersten Stunden und Tagen einer großflächigen Krise an ihre Grenzen. Dann kommt es entscheidend darauf an, dass die Hamburgerinnen und Hamburger vorbereitet sind, Verantwortung übernehmen und sich gegenseitig unterstützen. Eigenvorsorge ist kein Ausdruck von Unsicherheit, sondern von Umsicht, Solidarität und gelebter Verantwortung füreinander.

Ebenso entscheidend ist eine klare, verlässliche und verständliche Kommunikation. In Krisensituationen müssen Informationen schnell, eindeutig und für alle zugänglich sein. Nur so können Unsicherheit, Gerüchte und Fehlverhalten vermieden und Vertrauen in staatliches Handeln gestärkt werden. Moderne Warnsysteme, ergänzt durch bewährte analoge Strukturen, sind hierfür ebenso unerlässlich wie klare Zuständigkeiten und eingespielte Abläufe.

Für die Bürgerinnen und Bürger braucht es darüber hinaus sichtbare und erreichbare Orte der Hilfe und Orientierung. Katastrophenschutz-Leuchttürme können in Ausnahmesituationen zu Ankerpunkten für die Bevölkerung werden. An diesen Orten laufen Information, Unterstützung und Koordination zusammen und die staatliche Handlungsfähigkeit bleibt für die Bürgerinnen und Bürger konkret erlebbar.

Die Stärkung der Resilienz ist eine Gemeinschaftsaufgabe: Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft tragen gemeinsam die Verantwortung dafür, dass Hamburg auch in Krisenzeiten handlungsfähig bleibt. Das Ziel muss darin bestehen, die Stadt so aufzu-

stellen, dass sie Belastungen standhält, sich schnell erholt und aus Herausforderungen gestärkt hervorgeht.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. ein zentrales, leicht verständliches und barrierefreies Hamburger Vorsorgeportal aufzubauen, das alle relevanten Informationen zur Krisenvorsorge bündelt (unter anderem Vorratshaltung, Notfallverhalten, Erste Hilfe);
2. die Handlungsempfehlungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) systematisch in die Hamburger Öffentlichkeitsarbeit zu integrieren und zielgruppengerecht aufzubereiten;
3. eine mehrsprachige, breit angelegte Informationskampagne zur Stärkung der Eigenvorsorge zu entwickeln und umzusetzen, insbesondere in Quartieren, Vereinen, Schulen sowie über digitale Kanäle und Social Media;
4. eine verlässliche und vertrauenswürdige Sicherheitskommunikation (auch über Social Media) aufzubauen;
5. Angebote zur Ersten Hilfe und Selbsthilfe auszubauen, insbesondere durch niedrigschwellige Schulungsangebote für verschiedene Zielgruppen;
6. analoge Informationsangebote für schwer erreichbare oder besonders vulnerable Gruppen auszubauen, insbesondere durch direkte Ansprache und Verteilung von Informationsmaterialien;
7. Programme zur Förderung der nachbarschaftlichen Hilfe und Selbstorganisation in Krisen zu unterstützen;
8. soziale Einrichtungen, Unternehmen sowie Bildungseinrichtungen systematisch in Warn- und Informationsketten einzubinden;
9. ein hamburgweites Netz von Katastrophenschutz-Leuchttürmen als dezentrale Anlaufstellen für Bevölkerung und Einsatzkräfte aufzubauen und hierfür geeignete Standorte (zum Beispiel Schulen, Bürgerhäuser, Einrichtungen des Katastrophenschutzes) zu identifizieren und auszustatten;
10. sicherzustellen, dass diese Standorte über eine Notstromversorgung, Kommunikationsmittel, medizinische Grundausstattung sowie geschultes Personal verfügen;
11. die Leuchttürme in bestehende Einsatz- und Kommunikationsstrukturen zu integrieren;
12. die Bevölkerung regelmäßig über Standorte und Funktionen dieser Einrichtungen zu informieren und Unternehmen, Organisationen sowie soziale Träger in Aufbau und Betrieb einzubinden;
13. einen jährlichen Hamburger Warntag einzuführen, an dem die Warninfrastruktur sowie die Katastrophenschutz-Leuchttürme unter realitätsnahen Bedingungen getestet werden und diesen Warntag durch eine breit angelegte Informations- und Sensibilisierungskampagne zu begleiten;
14. Warn- und Kommunikationsketten weiterzuentwickeln und regelmäßig zu erproben;
15. der Hamburgischen Bürgerschaft bis zum 30. September 2026 zu berichten.